

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **20 (1940-1941)**

Heft 8

PDF erstellt am: **14.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wer unter Menschen ist also gesinnt?
 Von solchen werde mir Ehre nie!
 Und rückt ein Glück mir nahe, so sei
 Behagen verwehrt, wenn feige der scharf
 Tönenden Klage
 Schwingen sich senkt.
 Denn wenn der Tote jämmerlich liegt
 Und ist ein Staub und Nichts,
 Und zählen die
 Nicht Blut mit Blut,
 So schwinde die Scheu
 Und rings der Sterblichen Ehrfurcht.

Politische Rundschau

Zur Lage.

Die zu Beginn des Monats Oktober abgehaltene Konferenz Hitlers mit Mussolini auf dem Brenner hat inzwischen bereits verschiedene Ergebnisse erkennen lassen, die alle durch eine Intensivierung der Kriegsführung gegen Großbritannien charakterisiert sind. Es zeugt von dem offenbar weiten Rahmen dieser Konferenz und von der umfassenden Planung, die den zur Entscheidung bestimmten Aktionen gegen Großbritannien zugrunde gelegt worden ist, daß sich bereits die beiden ersten Aktionspunkte auf räumlich stark getrennte Felder des europäischen Kontinents konzentrieren. So soll demnach die weitere Entwicklung im Kriege gegen Großbritannien aus breitester Basis heraus bestimmt werden. Die natürliche Stärke der britischen Position und vor allem die überraschende Widerstandskraft der Insel selbst — diese in seelischer und materieller Beziehung — zwingen offenbar zu umfassenden Aktionen.

An den beiden ersten Brennpunkten, welche die Richtung der neuen Entwicklung vorerst zu bestimmen erscheinen, sind heute die Dinge noch nicht zur vollen Reife gekommen. Die Entwicklung auf dem griechischen Spielfeld weist hypothetisch zweifellos über den Kontinent hinaus, bezw. an seine unmittelbaren Grenzen; allein ihre weiteren Auswirkungen auf den Kriegsschauplatz in Ägypten sind noch keineswegs zu erkennen, weil die Frage der neuen Verbindungen dorthin vorerst durchaus offen steht, zumal die Haltung der Türkei, die übrigens zum Eingreifen zu Gunsten Griechenlands vertraglich nicht verpflichtet erscheint, heute nicht völlig abgeklärt ist. Dieses Reich aber ist es, das den Schlüssel zu dem zweiten, näher liegenden Problem, dem Problem der Dardanellen, wohl verwahrt hält. In diese Bereiche nun müßte sich in der Folge zweifellos die russische Figur einschalten, sofern nicht etwa von dieser Seite bereits ein vorläufiger Verzicht auf weitere machtpolitische Expansion mit ihren zweifellos bestehenden Risiken vorliegt, um damit einer Gefährdung der in letzter Linie entscheidenden weltrevolutionären Absichten in ihrer Grundlage vorzubeugen. Dieser Verzicht ist aber einstweilen kaum anzunehmen. Vielmehr wird man sich mit Interesse dem Problem widmen,

ob wohl deutscherseits gewisse mehr oder weniger verbindliche Versprechungen in Richtung auf die Dardanellen an Rußland gegeben worden sind, was ja einer historischen machtpolitischen Konzeption des östlichen Reiches entgegenkommen würde. Allein unwillkürlich steigt hier die Erinnerung auf an jenes auch wenig scharf umrissene Versprechen, das seinerzeit die Engländer im Laufe des Weltkrieges den Russen bezüglich der Meerengen gegeben hatten, und die Erinnerung wendet sich weiter dem Dardanellen-Unternehmen des Herrn Churchill vom Jahre 1915 zu. Hierüber weiß man heute, daß der Versuch der Alliierten, die türkischen Positionen auf Gallipoli zu bezwingen und bis zu den Dardanellen vorzustoßen, gar nicht so ernst gemeint war, wie man damals, besonders im Hinblick auf die großen bei der Gelegenheit entstandenen Schiffsverluste, anzunehmen geneigt war. Die türkische Position auf Gallipoli war damals äußerst schwach und wäre wohl zu nehmen gewesen; allein die Engländer dachten im Ernste kaum daran, den wichtigen Dardanellenpaß den Russen wirklich in die Hände zu geben. Vielmehr spielte bei der ganzen Aktion der äußere Schein eine sehr erhebliche Rolle... Dieser Ereignisse und ihrer Hintergründe mag man sich heute zweckmäßig erinnern, da, nach 25 Jahren, die Dardanellen wiederum dem Brennpunkt des Interesses sich zu nähern scheinen.

Bei Anlaß der Festsetzung des Reiches in Rumänien und damit an der Küste des Schwarzen Meeres, in Anbetracht weiter der zunehmenden deutschen Einflüsse in Bulgarien und angesichts der dadurch verstärkten Labilität der jugoslawischen Position — diese letzte ist durch den italienischen Vorstoß verstärkt und peinlich in die Diskussion gezogen — angesichts dieser Expansion der Achse hatten sich übrigens weitere Kreise, völlig ohne Erfolg indessen, des Panславismus vergangener Zeiten erinnert. Wiederum wurden diese Kreise, wie so oft schon seit dem 25. August 1939, an Rußland bitter enttäuscht. Man wird deshalb auch im Spiegel der neueren Entwicklung, durch die die türkische Position in die Diskussion gezogen wird, die russische Haltung zweckmäßig mit Interesse, aber ohne Illusionen zu verfolgen trachten. Vielleicht ist der Tag nicht allzu fern, wo dieses „Rätsel“ seine Lösung finden wird...

Unter den der Konferenz vom Brenner entsprungenen Aktionen, die, wichtig zusammengefaßt, eine zweite Offensivperiode gegen Großbritannien zu charakterisieren bestimmt sind, mag uns Schweizer die im Grundsatz bereits festgelegte Schwenkung Frankreichs aus einer mühsam gehaltenen Neutralität zur Zusammenarbeit mit dem Reich, da uns die Geographie an den Zentralpunkt der Grenzen Mittel- und Westeuropas gestellt hat, in ganz besonderem Sinne berühren. Dabei wird man in erster Linie die Motive des französischen Marschalls wohl zu würdigen haben; denn sein Land ist, in seinem besetzten wie in seinem unbesetzten Teil, im Begriff, einem Winter voll der wirtschaftlichen, voll der menschlichen Katastrophen entgegenzugehen. Diese unbestreitbare Tatsache mag vorerst allein und als ausschlaggebend gewürdigt werden. Ihr gegenüber wird wohl auch der besondere Charakter dieser Aktion zurücktreten müssen, so weit sich hier tatsächlich, wie es scheint, eine persönliche Politik des Herrn Laval und seiner Adlanten abzeichnet, bei der es, trotz aller Notlage, doch zweifelhaft erscheint, ob sie wirklich die Billigung des französischen Volkes gefunden hat.

So nähert sich denn heute unser Kontinent mit gewaltigen Schritten jenem wirtschaftlichen, vor allem aber auch politischen Sperrzustand des historischen Jahres 1806; als ausgesperrt erscheint dabei allerdings diesmal nicht nur England, sondern in indirektem Sinne auch das große Reich der Vereinigten Staaten von Nordamerika, soweit dieses sich bereits mit England solidarisiert hat — und niemand wird heute, am Vorabend der amerikanischen Präsidentenwahlen, bestreiten, daß diese Solidarität im Laufe der Entwick-

lung der letzten 3 bis 4 Monate — übrigens zum Teil wohl unter dem Eindruck des englischen Widerstandes — ein gewaltiges Ausmaß angenommen hat. Es mag sein, daß die beginnende kontinentale Neuordnung dadurch, daß sie zweifellos vollendete Tatsachen schaffen will, in einem Teile der ihr zugrundeliegenden Berechnung auf die Wirkung nach den Vereinigten Staaten abzielt. Es erscheint heute indessen belanglos, den hierüber aufgestellten Hypothesen nachzugehen; sind einmal die Präsidentenwahlen in den Vereinigten Staaten vorbei, so wird sich die weitere Entwicklung in jenen Zonen wohl ziemlich bald abzeichnen und der Eindruck der Invasion Griechenlands wird dabei gebührend in Rechnung zu stellen sein. Ein weitergehendes und zum Ausbau bestimmtes Interesse an dem Schicksal Großbritanniens ist in den Vereinigten Staaten ohne weiteres als vorausgesetzt anzunehmen; nur noch darum geht heute die Frage, ob sich dieses Interesse in einer intensivierte und direkten materiellen und moralischen — auch finanziellen — Unterstützung Englands niederschlägt oder aber ob es sich mehr in der Richtung einer verstärkten Übernahme britischer — und französischer — Positionen in der westlichen Welt dokumentiert. Großbritannien selbst hält die Lösung dieser Frage, die zugleich sein Schicksal bedeutet, in Händen; ihre Beantwortung hängt eben davon ab, ob die englische Insel moralisch und materiell in der Lage ist, weitere Monate hindurch Widerstand zu leisten, oder ob ein Zusammenbruch, sei es unter direkter Einwirkung, sei es indirekt durch Zerschlagung der Mittelmeerpositionen Großbritanniens, herbeigeführt wird.

* * *

Die Wandlung in der Haltung Frankreichs steht jedenfalls in ihrem Grundsatze bereits fest; nur das Ausmaß dieser Wandlung ist im Einzelnen noch nicht bekannt geworden. Allein es will uns scheinen, man täte bei uns gut daran, die besondere Bedeutung dieser Dinge für unsere eigene politische Zukunft rechtzeitig zu bedenken. Unvergessen ist die tiefgehende Erschütterung, die mit dem durch den Waffenstillstand vom 25. Juni besiegelten Zusammenbruch Frankreichs über unser Land kam; je gewaltiger das Ausmaß der Ereignisse und Entwicklungen des zweiten Aktes in dem dramatischen Geschehen unseres französischen Nachbarn sein wird — die Angleichung an seinen ehemaligen Feind und die Einordnung in seine kontinentalen Ziele —, umso bedeutungsvoller werden die Rückwirkungen auf unsere schweizerische Zukunft sein. Es sollte wohl der Hinweis auf diesen Aspekt allein schon genügen, um gewisse Folgerungen mit Bezug auf die Behandlung von tatsächlichen und übrigens ganz natürlicherweise vorhandenen Differenzen auf dem Boden der eidgenössischen Innenpolitik als zwangsläufig, und zwar für jedermann, erscheinen zu lassen.

Diese dringend gebotene Zurückhaltung erscheint indessen keineswegs gewahrt, nimmt man beispielsweise die „Rote Revue“, Oktoberheft 1940, zur Hand, wo sich an erster Stelle ein Aufsatz aus der Feder von Nationalrat Paul Meierhans findet, in dem eine Angelegenheit, die nachgerade endlich zur Ruhe kommen sollte, erneut des Langen und Breiten aufgerührt wird. Es erscheint heute wirklich wenig verständlich, daß nun wiederum jene „Audienzan gelegenheit“ herhalten soll, um einer Partei Gelegenheit zu geben, ein übrigens durchaus künstlich drapiertes Unbehagen abzureagieren, das in den tatsächlichen Verhältnissen insoweit keine Begründung finden kann, als es nachgerade im Schweizerlande herum reichlich bekannt geworden ist, daß unsere Sozialdemokraten sich keineswegs etwa über mangelnden Einfluß in der eidgenössischen Politik beklagen können, auch wenn sie, übrigens durchaus durch eigenes Verschulden, nicht im Bundesrat selbst sitzen. In sehr maßgebenden Kommissionen ist diese Partei,

die doch wohl nach ihrer bisherigen — gelinde gesagt sehr unklaren — Haltung den Beweis ihrer Bewährung noch keineswegs geleistet hat, sehr maßgebend vertreten, u. a. gerade in der Person des Verfassers jenes Aufsatzes. Auch ist es schließlich unbestreitbar, daß verschiedene ausschlaggebende Positionen auf kantonalem und auf eidgenössischem Gebiet in den Händen von sehr prominenten Vertretern dieser Partei liegen, die es sich vor allem angelegen sein läßt, bei jeder unpassenden Gelegenheit stets wieder die Kraft und Wärme ihres Interesses an der Beeinflussung der eidgenössischen Politik vor der Öffentlichkeit zu dokumentieren — einer Öffentlichkeit, die schließlich in weiten Teilen eben nicht über den erforderlichen Mangel an Erinnerungsvermögen verfügt, um dieses nachgerade reichlich provokatorische Verhalten ohne weiteres anzunehmen. Vollends unverständlich muß es aber erscheinen, wenn verantwortliche Parteipolitiker, wie der Verfasser des erwähnten Aufsatzes, die in maßgebenden Bundesangelegenheiten schwerwiegender Natur mit dem Bundesrat zusammenarbeiten sollten, stets wieder in eine demagogische und demnach völlig billige Oppositionsstellung zurückfallen. Im Grunde genommen treiben diese Leute dieselbe verhängnisvolle sozialdemokratische „Sowohl-als-auch-Politik“, die aus der Geschichte des Deutschen Reiches zurzeit der Weimarer Republik zur Genüge bekannt ist. Auch hier steht man wieder jener bekannten opportunistischen Taktik gegenüber, die gouvèrnementale Haltung und Oppositionspolitik ganz nach Bedarf und nach persönlichem Belieben gewisser Leute solange auswechselt, bis die Staatsführung, an der man schließlich maßgebend beteiligt ist und für die man sich verantwortlich fühlen sollte, zerrüttet wird und am Ende jenen Schaden nimmt, der nicht wieder gutzumachen ist.

Daß in der „Audienzangelegenheit“ und in ihrem weiteren Umkreis reichlich Ungeheuerlichkeiten vorgekommen sind, das weiß man nachgerade; daß dagegen in der heute gegebenen Lage, die als sehr schwerwiegend erscheint, die Person des verantwortlichen Bundespräsidenten andauernd herumgezogen und diskreditiert wird, ist ein Verhalten, das kurzweg unverantwortlich genannt werden muß. Wir sind der Meinung, daß der außenpolitische Kredit unseres Landes keine weitere Erschütterung mehr verträgt, und wenn man nicht endlich aufhört, vor aller Öffentlichkeit völlig unnötigerweise immer weiteres Geschirr zu zerbrechen, so werden die Folgen nicht ausbleiben. Unsere heutige Lage kann verantwortlicher Weise nur im Zusammenhang mit gewissen grundlegenden Entwicklungen der kontinentalen Politik betrachtet werden, mit denen sie zwangsläufig in dem engsten Zusammenhang steht; Disziplin und wieder Disziplin ist heute die verpflichtende Parole; die Privilegien, welche maßgebende Positionen in der amtlichen Politik gewähren, müßten, so sollte man meinen, die so Begünstigten in ganz besonderem Maße verpflichten.

Ernstere Entscheidungen stehen bevor. Parteipolitische Kurasentreitte in den Bereichen unserer auswärtigen Beziehungen müssen endgültig der Vergangenheit angehören. Von seinen maßgebenden Politikern zumal verlangt heute das Schweizer Volk einen Grad von Verantwortungsbewußtsein, der den gegebenen und den kommenden Dingen angemessen ist.

Zürich, den 29. Oktober 1940.

Jann v. Sprecher.

Schweizerische Umschau.

Der „blaue Samstag“. / „Arbeit den Jungen — Hilfe den Alten“. / Verbindungsreise Parteien. / Vom „Gottthardbund“ etc. (Organische Politik!).

„Ein blaues Wunder“ könnte man den „blauen Samstag“ nennen, ist er doch eine von den seltenen Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeitsregelung, die keinen Widerspruch hervorgerufen hat, sondern im Gegenteil nicht ungern gesehen wurde. Es wehrte sich dagegen weder das „Volksrecht“ noch das Personal der öffentlichen Dienste, und auch das Organ der Arbeitgeber fand sich damit ab. Gelassen nahm jedermann die Ausschaltung des Samstags als eines Arbeitstages und damit die Einführung der „Fünftagewoche“ hin. Was wollte man sich dagegen sträuben, nachdem einmal die Gewaltigen des Eidgenössischen Kriegs-, Industrie- und Arbeitsamtes in Verbindung mit der E. L. G. herausgefunden hatten, daß im Zeichen der großen Kohlenknappheit der arbeitsfreie Samstag eine Ersparnis von 10 Prozent bewirke? So sind nun denn die meisten industriellen Betriebe und alle kleinen Arbeitsstätten, nicht zu vergessen die Bureaux der öffentlichen Verwaltung, den Winter über an den Samstagen von 00 Uhr bis am Sonntag um 24 Uhr geschlossen. Leergebrannte Stätten, wo sich kein Leben mehr regt, wo nur die Schritte der Tag- und Nachtwächter noch widerhallen! Die große Kanzlei des Eidgenössischen Politischen Departementes ist so gut verwaist wie die kleine Schreibstube eines abgelegenen Advokaten, und im städtischen Fürsorgeamt hat sich so gut alles verflüchtigt wie in den Werkstätten der Kleinindustrie. Folgerichtig stellte der Bundesrat auch noch den Samstag für alle gesetzlichen Fristen des eidgenössischen und kantonalen Rechtes einem staatlichen Feiertage gleich, so daß niemand etwa gezwungen ist, an diesem Tage mit dem „Ruhnagel“ an den Fingerbeeren einen Steuerrekurs zu schreiben oder seinen Nachbarn zu verklagen.

Der Samstag als staatlicher Feiertag! Das reizt zu Betrachtungen. Es wird wirklich gefeiert. Aus der Bundesstadt berichtet man uns, daß sich auf dem „Märit“ das männliche Element mit Markttaschen gemächlich einkaufend bemerkbar gemacht habe, und in Zürich sorgt sich der stadtzürcherische Verband für Leibesübungen um die Ausfüllung des Samstages mit neuen Sportveranstaltungen. Auch die Landstraßen und Bahnen sind nun schon am Morgen stärker belebt, und nicht zuletzt dürften die nächtlichen Lagerstätten jetzt an Samstagen eine länger dauernde Frequenz vermerken. Daß just der Samstag zu der Ehre eines vollen staatlichen Feiertages emporgestiegen ist, versteht sich leicht, nachdem sich der freie Samstagnachmittag fast überall durchgesetzt hatte. Dennoch reizt diese Tatsache zu einer Betrachtung. Es spiegelt sich darin nämlich eine Wandlung der Denkweise vom Christlichen zum Profanen. Noch vor einigen Jahrzehnten gab es in unserem Städtchen gewisse Handwerksmeister, die nach dem Sonntag selbstverständlich einen „Blauen Montag“ machten und den Dienstag auch gerade noch dazu nahmen, um dann ungefähr am Mittwoch mit der Arbeit zu beginnen, während sie vorher nur „pro forma“ mit Schurz und Werkzeug herumgelaufen waren. Der Samstag war dann ihr Hauptarbeitstag, an dem sie das vorher Versäumte noch nachholen wollten. Man mag nun dieses Gehaben beurteilen wie man will, so steht doch eines fest: in Übereinstimmung mit der christlichen Lehre haben sie den Sonntag als den Feiertag par excellence betrachtet. Heute umgekehrt beginnt nun das Feiern schon vor dem Sonntag: an die Stelle des moralisch anrühigen „blauen Montags“ ist klar und deutlich der rechtmäßige „blaue Samstag“ getreten. Der Sonntag tritt damit in den Hintergrund, gewissermaßen bloß als zweiter Tag des profanen „Weekends“. Wer etwa glauben wollte, daß der Sonntag durch den Samstag von Sport, Politik und

Reisen zu Gunsten seiner eigentlichen Zweckbestimmung entlastet würde, dürfte sich nämlich sicher täuschen.

Wir verhehlen uns nun aber nicht, daß der „blaue Samstag“ — so gut wie der „blaue Montag“ — seine Gefahren in sich birgt. Er ist ein Einbruch in den normalen Rhythmus der Arbeit und widerspricht deren gleichmäßiger Verteilung auf die Werktage. „Leicht könnten sich die Arbeiter“, so hat ein Arbeitgeber in die „Schweiz. Arbeitgeber-Zeitung“ geschrieben, „an die Fünftagewoche gewöhnen und der Versuchung des Müßiggangs erliegen. Die Erfahrungen in Frankreich sind bekannt und abschreckend. Die Gefahr würde um so größer sein, wenn die Vergnügungstätten am Samstag offen bleiben dürften. Den Anfängen muß man wehren und nicht die Verknappung eines Artikels zum Anlaß von Verfügungen nehmen, die geeignet sind, moralisch und volkswirtschaftlich großen Schaden zu verursachen.“ Wirtschaftlich bedingt der freie Samstag offenkundig einen Verlust, denn die ausfallende Arbeitszeit kann nicht mit gleichem Leistungserfolg auf die anderen Tage verlegt werden. Insbesondere lassen sich die Pausen nicht ohne Nachteile verkürzen (Untersuchungen der MGD, „Arbeitgeber-Zeitung“ Nr. 31/32 1940). Den Ausweg dann mit der 40 Stunden-Woche zu suchen wie die Stadt Bern, ist aber gefährlich, abgesehen davon, daß die Notwendigkeit der Arbeitseinstellung an Samstagen nicht unbedingt als schlüssig erscheint.

* * *

Eine am 22. September 1940 auf dem Münsterhof in Zürich tagende „Landsgemeinde des Zürcher Volkes“ faßte eine Entschließung und erklärte darin zur Hauptsache: sie nehme „im Geiste demokratischer Verständigung und Opferbereitschaft zur gemeinschaftlichen Überwindung der heutigen Gefahren und wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Forderung auf: Arbeit den Jungen — Hilfe den Alten“. Dabei war es, wie stolz hervorgehoben wurde, die erste gemeinsame Kundgebung der politischen Parteien des Kantons Zürich. Wir will dieses Programm: „Arbeitsbeschaffung für die Jungen“ und „Altersversicherung für die Alten“ als etwas dürftig erscheinen. Frühere politische Bestrebungen hatten mehr Gehalt. Am 1. April des Jahres 1830 kämpfte der Liberalismus für Rechtsgleichheit, Trennung der Gewalten, Pressefreiheit, Ausbau des Schulwesens. Dann traten die Demokraten von 1869 für eine folgerichtige Durchsetzung der Volkssouveränität ein, indem sie das obligatorische Gesetzesreferendum und die Volkswahl der Regierungs- und Bezirksbehörden verlangten. Auch im Bunde ging es um mehr: 1848 entstand der Bundesstaat mit dem Bundesrat und den beiden eidgenössischen Räten, Handels-, Gewerbe- und Niederlassungsfreiheit wurden verkündet, die allgemeine Wehrpflicht eingeführt und das fakultative Referendum geschaffen, dies alles neben der Übernahme des Zoll- und Postwesens durch den Bund. Die Bundesverfassung von 1874 endlich stellte sich unter die Devise: Ein Recht — eine Armee und setzte neu die Glaubens- und Pressefreiheit durch. Ihr folgten weitere Angelegenheiten von weitreichendem Interesse, Fragen der Rechtsvereinheitlichung, die Einführung der Verfassungsinitiative, die Verstaatlichung der Bahnen, das Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, sowie die angestrebte Alters- und Hinterbliebenenversicherung. An diesen zum Teil umwälzenden politischen Problemen der Vergangenheit gemessen, muß doch gewiß das, womit sich jetzt die zusammen arbeitenden politischen Parteien beschäftigen, als etwas dürftig erscheinen. Wenn man sich einerseits bewußt ist, daß wir in einer Zeitenwende leben, die größte Probleme zu lösen aufgibt, so wird man sich andererseits bei diesen beiden Anliegen der Zürcher „Landsgemeinde“ an den Kopf greifen und fragen, ob sich denn darin wirklich die heutigen Aufgaben der Politik erschöpfen. Sind denn wirklich die rein materiellen Sorgen um Arbeit und Versorgung im Alter das einzige, was unser Volk derzeit

bewegt? Genügt es, Millionen und Übermillionen für gar nicht immer notwendige Arbeiten auszugeben, Bundessubventionen flüssig zu machen und die Privaten zu Aufträgen anzustacheln, genügt es, eine Altersversicherung, die mit ihren 400 Franken jährlicher Auszahlung an Alle zwar nicht Fürsorge sein will, aber doch weitere Fürsorge nötig macht, ins Werk zu setzen, genügen diese beiden Projekte, um die Probleme der heutigen Zeit zu lösen? Die Parteispitzen täuschen sich wohl, wenn sie glauben, hier liege der Hase im Pfeffer, das Volk könne durch solche materiellen Gaben zufriedengestellt werden. Gewiß mag es Leute geben, besonders unter den Städtern, die mit den öffentlichen Verhältnissen zufrieden sind, sobald sie nur einmal ihre persönliche Wohlfahrt genießen, aber es sind der Anzeichen genug vorhanden dafür, daß die politischen Bedürfnisse dieser Zeit über solches kleines materialistisches Denken hinwegschreiten.

An der besagten „Landsgemeinde“ — sie war nicht gerade in den Formen einer solchen gehalten — sollten die 12 000 erschienenen Bürger und Bürgerinnen vernehmen, „was die Behörden planen, um die Not in der Bevölkerung zu lindern und das Gefühl der Gemeinschaft zu stärken.“ Wie wohl wir nun wissen, daß alle politische Programmatik darauf ausgehen muß, dem Volke eine bessere Zukunft zu versprechen — für die nötige Korrektur der Wünsche sorgt die Wirklichkeit dann schon —, so halten wir es doch in der heutigen Zeit für verfehlt, dem Volke stets eine Notlage zu suggerieren, wie das also an der „Landsgemeinde“ wieder getan wurde. Es ist kategorisch zu bestreiten, daß in unserem Lande eine weitreichende Not herrsche; im Gegenteil sind die Lebensverhältnisse im Allgemeinen als gut zu bezeichnen. Sehr viele Kreise sind schnell dazu bereit, eine Notlage zu behaupten, bloß weil sie sich in ganz unnötigen Bedürfnissen etwas einschränken müssen. Ihnen sollte von verständigen Politikern nicht noch Unterstützung geliehen werden. Muß ein Politiker auch Haushalter der öffentlichen Güter sein, besonders in dieser Zeit starker Inanspruchnahme, so geht es nicht an, über die Maßen hinaus Versprechungen zu machen. Wenn es trotzdem geschieht, so beschleicht einen die Vermutung, daß damit bezweckt werde, sich politisch über Wasser zu halten. Ehrlicher und den Verhältnissen angemessener wäre es, heute zur Einschränkung der Bedürfnisse zu mahnen. Aber dazu gehörte schon eine Selbstverleugnung, die wir unter unseren heutigen Politikern fast gar nicht kennen. Im Übrigen haben die Behörden scheinlich mit Arbeitsbeschaffung und Altersversicherung die Absicht, die Gemeinschaft, die Demokratie zu stärken. Verlorne Liebesmüh! könnte man da ausrufen, wenn es bloß auf diese materiellen Hilfsmittel ankommt. Gottfried Keller hat in seinem „Martin Salander“ einmal auftreten lassen dagegen, daß man in allen Sachen immer wieder auf die Republik, hier also auf die Demokratie und das Demokratentum berufe. „Liebe Mitbürger“, meinte Salander — es ging um eine bloße „Nahrungsfrage“ wie hier —, „ich kann nicht umhin, das auch mit teure Wort Republik zu berühren, das wir jetzt seit einer Stunde gewiß zwei Duzend Mal gehört haben. Unsere Vorfahren haben seit bald sechshundert Jahren die Republik in heißen Schlachten begründet und befestigt, ohne je das Wort in den Mund zu nehmen. Wir haben es jetzt im Sprachgebrauch, aber nicht zum Mißbrauch. Mich will bedünken, wer es immer im Munde führt und dabei auf die Brust klopft, könne ebenso gut sich der Gleisnerei schuldig machen, wie jeder andere Pharisäer oder Mucker!“

*

*

*

Gleichfalls in seinem Romane „Martin Salander“ läßt Gottfried Keller bei Anlaß der Hochzeit der Weidelichjöhne mit den Salandertöchtern ein Possenspiel aufführen: Zu der jungderben Frau Demokratie kam der feine Herr Altliberalismus, um sich in ihrem Haushalt umzusehen. Dann setzten sie von Spässen begleitet „einen gegenseitigen Unterricht in Gang, wobei aber der Li-

beralismus, so ziemlich wie es im Leben geschieht, ohne es zu merken, einen Satz der Demokratie nach dem anderen zu dem seinigen machte". Schließlich kamen sie überein, einen vorläufigen Frieden miteinander zu machen: „worauf die Musik plötzlich einfiel und einen Hopsen spielte, die Demokratie und der Liberalismus aber sich zu packen kriegten und einen drolligen Tanz aufführten“.

Was damals wegen seiner Unwahrscheinlichkeit den Stoff zu einem Possenspiel abgab, nämlich die Vereinigung des Liberalismus mit dem Demokratismus, ist heute zur vollen Wirklichkeit geworden. Ja sogar die Sozialdemokratie hat sich nebst den Christlichsozialen mit den anderen Parteien zusammengesunden. Wenn politische Organisationen von solchem Eigensinn, Selbsterhaltungstrieb und Kampfgeist sich zusammenschließen, läßt sich das nicht anders deuten als mit „Verbindungsreife“. Die Gruppen denken im Wesentlichen gleich, so daß ihre Selbständigkeit gegenstandslos wird und sich ihre Verbindung zwanglos ergibt. Sehr schön hat diese Erscheinung Dr. E. Lauchenaue in der „Politischen Rundschau“ (Heft 4/5, 1939) geschildert, indem er unter dem Titel „Der Freisinn — schweizerische Landespartei“ schrieb: „Nach sozialistischer Meinung ist nur die Kollektivität, nach liberaler nur das Individuum zu allem fähig. Nach unserer freisinnigen Auffassung und Überzeugung gebührt dem Individuum überall dort der Vorrang, wo seine Kräfte hinreichen. Wir anerkennen aber, daß es Aufgaben gibt, die der Einzelne vielleicht nur mit wohlwollendem Beistand des Staates, der Staat aber höchstens im Verein mit seinen Bürgern erfüllen kann. Ich fasse daher das Gesagte in die Meinung zusammen, der Freisinn habe als Landespartei eine neue Aufgabe erhalten: nach innen die Aufgabe, eine neue Wohlfahrtspolitik mit dem alten Ziel eines gesunden sozialen Ausgleichs zu begründen und durchzuführen, und vor der Welt hat er den Beweis zu erbringen, daß die Erfüllung dieser modernen Aufgabe sehr wohl mit der Erhaltung der persönlichen Freiheitsrechte vereinbar ist.“ Das bedeutet nichts Anderes als weiteste Angleichung an den sozialistischen Standpunkt. Mit ihr deckt sich die sozialistische Angleichung an den freisinnigen Standpunkt, wie wir sie in der Kundgebung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz vom 8. August 1940 finden: „Lebendige Demokratie verlangt Taten: Nur durch soziale Leistung sichert sie ihren Bestand. Grundlage jeder Sozialpolitik in der Demokratie bilden die in Verfassung und Tradition verankerten Freiheitsrechte des Volkes und des Bürgers“. So herrscht also wahrlich Übereinstimmung zwischen der freisinnigen und der sozialdemokratischen Auffassung! Wir können diesen Zustand als die letzte Entwicklungsreife des Liberalismus in der Demokratie bezeichnen, gewissermaßen als die höchste Stufe der Gedankengänge, die das letzte Jahrhundert erfüllten.

Zur „Verbindungsreife“ ist es erst im Laufe dieses Jahres, nach den großen Umwälzungen in Europa gekommen. Zuerst hatte sich die „Neue Helvetische Gesellschaft“ noch ins Mittel gelegt. In einer Eingabe vom 3. Juli 1940 entwickelte sie vor dem Bundesrat und den Parteien folgende Gedanken: „Die tragenden Parteien — allenfalls ergänzt durch Köpfe der führenden Wirtschaftsverbände — stellen gemeinsam mit dem Bundesrat ein knappes politisches Programm auf, das geeignet ist, das Land unter entschlossener Wahrung der Grundwerte der Eidgenossenschaft durch die Zeit des Umbruchs hindurch und einer neuen Zukunft entgegen zu führen. Die Parteien würden sich verpflichten, ihre Tätigkeit auf die Verwirklichung dieses Programmes zu beschränken und unterdessen auf öffentliche Kämpfe zu verzichten. In einer zweiten Etappe sollte das Gremium der Parteispitzen ergänzt werden durch Vertreter des kulturellen Lebens und Exponenten von Bewegungen, die sich für die Erneuerung des Landes eingesetzt haben.“ Bald darauf kam der Stein ins Rollen, jedoch bemerkenswerter Weise nicht zuerst auf Bundesgebiet, sondern auf kantonalem Ge-

biete, wo offenbar zunächst Erfahrungen gesammelt werden sollen. Den ersten Schritten auf den Tag der Bundesfeier die Parteien des Kantons Bern, indem sie sich gemeinsam zum Ziele setzten: Verteidigung der Freiheit und Unabhängigkeit, Wehrbereitschaft, Wahrung des politischen Selbstbestimmungsrechtes des Volkes, Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten und Befürwortung einer Währungs- und Zinspolitik, welche das Kapital stärker als bisher in den Dienst der Allgemeinheit stellt. Diese „Politische Arbeitsgemeinschaft“ fand anfangs September Nachahmung durch die etwas vorsichtigeren Bildung einer „ständigen interparteilichen Konferenz“ im Kanton Zürich, sowie durch die Bildung gemeinsamer „Arbeitsausschüsse“ im Kanton Thurgau. Daß weitere Landesgegenden nachfolgen werden, unterliegt wohl keinem Zweifel. Dabei wird man den Vorbehalt der Parteien, welche sie überall — wie in Bern — zur „Wahrung ihrer Grundsätze und ihrer organisatorischen Selbständigkeit“ anbringen, nicht als allzu ernsthaft und dauerhaft werten, sondern nur als das, was er wirklich ist: als einen Schutz gegen die Erschütterungen eines allzu schroffen Überganges in den neuen Zustand. Das Jahr 1940 hat also bis zu einem gewissen Maße das gebracht, was schon lange zuvor ohne Erfolg angestrebt wurde. Insbesondere erinnern wir uns an die „überbrückenden Bestrebungen des schweizerischen Freiinns“ vom Jahre 1937, die damals in wohlwollenden Antworten mit vielen widersprüchlichen Bedingungen stecken blieben (vergl. „Politische Rundschau“ Nr. 9, 1937).

* * *

Da sich das politische Leben der Eidgenossen bekanntlich nicht in den großen Parteien erschöpft und auf besondere Verhältnisse auch mit besonderen Gestaltungen reagiert, konnte im vergangenen Sommer natürlich eine bemerkenswerte Neugründung nicht ausbleiben. Es ist jene außer- und überparteiliche Vereinigung, die sich „Gottthardbund“ nennt. Der „Gottthardbund“ möchte „alle jungen lebendigen Kräfte zusammenfassend“, eine Reform zu Stande bringen: „Eine Reform der inneren Haltung, der „Weltanschauung“; eine Reform der Führung im Staate; eine gründliche Reform des gesamten politischen Lebens, eine Reform der Verwaltung und eine durchgreifende Neuordnung wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse“ (Chr. Gasser in der „N. Z. Z.“). Dieses Programm sagt uns nun allerdings nicht gerade viel. Überhaupt scheint der „Gottthardbund“ sich vorderhand mehr durch den guten Willen als durch Klarheit hervorzutun. Nach dem „Bund“ will er sogar „lieber noch eine Zeitlang „nebulos“ bleiben, als sich vorzeitig festzulegen“. So weiß man denn nicht recht, was er im Einzelnen anstrebt, und man weiß auch nicht, wie er sich in die bisherige Politik einfügt. Im Wesentlichen mag diese Situation bedingt sein durch die Herkunft der Gründer: Akademiker, insbesondere Theologen, Subventionslose, Unabhängige, Bauern, Offiziere. Dieses bunte, aber jedenfalls momentan noch nicht arbeitsfähige Gemisch — erinnert es nicht stark an den ehemaligen „Bund für Volk und Heimat“ mit seiner „Eidgenössischen Zeitung“, der sich hauptsächlich durch die Zentrifugalkraft seiner Mitglieder auszeichnete? Beim „Gottthardbund“ scheint die Lage immerhin etwas besser zu sein, indem sein Schwerpunkt nicht in „belasteten“ Parteipolitikern, sondern in neuen Leuten aus dem Volke besteht. Dabei weist der „Auftrag“, den die neue Vereinigung erkennt, einigermaßen die Richtung des Kommenden: „Lebte Bereitschaft zum Opfer an Leib und Gut für die Unabhängigkeit der Heimat; Kraft zur Neuordnung nach eigener Art und aus dem christlichen Glauben“.

In diesem „Auftrage“ ist auch zugleich der grundsätzliche Unterschied des „Gottthardbundes“ zu den Parteien festgelegt. Der „Gottthardbund“ möchte wohl blicken und gestalten vom Ganzen aus. Eidgenossenschaft, Christentum, Wirtschaftskörper, Mensch usw. sind für ihn gegebene Größen, aus deren Eigenart sich alle weitere Politik ableitet. Er steht damit auf dem

Boden des organischen Prinzips. Eindrücklich wird dieses besonders durch die Forderung der Einfügung, der Pflicht, des Opfers im Sinne der Sache. Prinzipiell in vollstem Gegensatz dazu stehen die meisten Parteien, die immer noch vom einzelnen Menschen ausgehen und politisieren, wobei sie nach liberaler und demokratischer Art das individualistische Recht hervorkehren, und von diesem aus „Eidgenossenschaft, Christentum, Wirtschaftskörper, Mensch“ usw. gestalten wollen. Es versteht sich aber von selbst, daß eine Politik von der feststehend geschauten Größe aus andere Resultate ergeben muß. So wird denn der „Gotthardbund“, wenn er das organische Prinzip verfechten will, sicherlich nie ins Reine kommen mit den alten Parteien. Ich müßte mich auch schwer täuschen, wenn die kommende Auseinandersetzung nicht nach der Formel verlief: hie Parteien und individualistisches Prinzip — hie „Gotthardbund“ u. organisches Prinzip! (Der Gegensatz besteht nicht zwischen „föderalistisch“ und „totalitär“, wie der „Gotthardbund“ selbst meint.) Es haben also nicht recht: der „Landbote“, welcher feststellte, daß alles ja schon vorher gesagt worden sei, und die „Schweiz. Handelszeitung“, die glaubt, man brauche nur „Neue Männer“, aber keine „Erneuerungsbewegung“. Die „Handelszeitung“ hat auch nur bedingt recht, wenn sie von „Parteien ohne Zukunft“ schreibt, denn zunächst sichern sich die Parteien des Individualismus — der Sozialismus ist nur eine Untergruppe davon — ihre Existenz durch Zusammenschluß und werden sich noch recht lange über Wasser halten können im Kampfe gegen den gemeinsamen Gegner, der die organische Politik vertritt und sie möglicherweise mit neuem Gedankengut erfüllt. Auf Seiten dieses Gegners aber, beim „Gotthardbund“ und dergl., dürfte noch mancher Neuling in der Politik die Erfahrung machen, daß sein ideales Fahrwasser mit sehr realen Klippen durchsetzt ist.

Bülach, den 25. Oktober 1940.

Walter Hildebrandt.

Kultur- und Zeitfragen

„La Gloire qui chante“.

Der Hauptzweck dieser späten Berichterstattung über „La gloire qui chante“ liegt in der Frage: weshalb wird diese Aufführung jetzt nicht mehr gebracht? Gerade jetzt würden Tausende diese Darstellung der „chants de soldats suisses à travers les âges“ begrüßen oder wieder begrüßen, zumal der Gemeinschaftsgeist der aufführenden Truppe, wie er aus den Aufführungen in den verschiedenen Schweizer Städten auf die Zuschauer übergang und sie mit den Darstellern zu einer richtigen Landsgemeinde werden ließ, heute wie im vergangenen Frühjahr allen willkommen sein muß.

„La gloire qui chante“, die Dichtung Gonzague de Reynolds, die 1919 bereits über 150 Aufführungen erlebt hatte, wurde von der jurassischen Brigade zu neuem Leben erweckt. Oberst du Pasquier, der Kommandant der Jura-brigade, hatte im vergangenen Winter den erfreulichen Mut und Optimismus, auf die Anregung eines Reynold-Schülers, Major Moines hin, mit seinen in hartem Dienst stehenden Soldaten, neben der strengen Arbeit, mit nur eigenen Kräften das vollstümliche Stück aufzuführen.

Gonzague de Reynold schildert in fünf Bildern, einem Prolog und einem Epilog, die Geschichte der „Treue und Ehre“ der Schweizer Truppen von den Freiheitskämpfen der alten Eidgenossen bis zur jetzigen Mobilisation: Von Sempach bis Marignano führen die Bilder, und weiter vom Dienst der Schweizer Söldner, die in Frankreich zum Ruhm der Schweiz aus Treue in den Tod gingen, über den